

Bereits vor der Welterbesitzung machte das Great Barrier Reef weltweit Schlagzeilen. Der Zustand des ikonischen Riffs hat sich nach Einschätzungen wissenschaftlicher Studien signifikant verschlechtert; es wird zunehmend vom Klimawandel bedroht. Die Mehrheit der Komiteemitglieder argumentierte nach intensivem Lobbying Australiens hingegen, dass der Klimawandel ein globales Problem sei und Australien für dessen Folgen nicht allein verantwortlich gemacht werden könne. Einige Nichtregierungsorganisationen kritisierten die Entscheidung des Komitees scharf, das Riff nicht auf die „Rote Liste“ zu setzen.

Das Welterbezentrum und IUCN hatten empfohlen, das Selous Wildschutzgebiet in Tansania dieses Jahr ganz aus der Welterbeliste zu streichen. Unter anderem gefährden Wilderei und der Staudammbau „Stiegler's Gorge“ die Stätte massiv. Das Komitee argumentierte jedoch, dass der Staudamm selbst nur eine relativ kleine Fläche der Welterbestätte einnimmt. Tansania solle weiter dabei unterstützt werden, Entwicklung und Schutz zu harmonisieren. Erfreulicherweise wurde der Nationalpark Salonga (Demokratische Republik Kongo) nach 22 Jahren aus der Liste des Welterbes in Gefahr wieder ausgetragen. Der Zustand der Stätte hatte sich signifikant verbessert. Auch sind inzwischen Rechte für die Erschließung von Erdölfeldern, die sich mit der Stätte überschneiden, verfallen.

Auf der aktuellen Liste des gefährdeten Welterbes stehen damit insgesamt 52 Stätten in 33 Ländern (16 Naturstätten und 36 Kulturstätten). Die Debatten zeigten, dass viele Vertragsstaaten die Listung von Stätten als „Welterbe in Gefahr“ vor allem als Statusverlust und Bestrafung ansehen. Zusammen mit Expertinnen und Experten will das Welterbezentrum darum ergründen, wie man eine positivere Wahrnehmung der Liste des Welterbes in Gefahr erreichen kann.

### Strategien zum Klimawandel im Welterbekontext

Auf der diesjährigen Sitzung bestätigte das Komitee den Entwurf für ein überarbeitetes Strategiepapier zum Thema „Klimaschutz für Welterbe“. Das BfN hatte dies durch die Finanzierung und Organisation eines Expertenworkshops auf der Insel Vilm unterstützt. Die Strategie soll langfristig in die Richtlinien der Welterbekonvention überführt und in konkrete Projekte übersetzt werden. Mittlerweile stellt der Klimawandel eine der größten Bedrohungen für das kulturelle und natürliche Welterbe dar. Ein Drittel aller Weltnaturerbestätten sind nach Angaben der IUCN bereits davon betroffen.

### COVID-19 und Welterbe

Die COVID-19-Pandemie hat sich auf Welterbestätten weltweit ausgewirkt. Schließungen für Besucherinnen und Besucher führten vielerorts zu schweren finanziellen Verlusten. Folglich verschlechterten sich der Schutz vieler Stätten sowie die Lebensqualität zahlreicher Menschen. Auch das kontinuierliche Monitoring eingeschriebener Stätten wurde beeinträchtigt, da viele Überprüfungen vor Ort nicht durchgeführt werden konnten. Zudem gerieten Nominierungsprozesse ins Stocken, weil Treffen und Gebietsbesuche abgesagt wurden. Die Pandemie zeigte deutlich, dass die Finanzierung vieler Stätten übermäßig vom globalisierten (Massen)tourismus abhängt. Darum entwarf und implementierte das Welterbezentrum mit einer Vielzahl von Stakeholdern Projekte für einen nachhaltigeren Tourismus im Welterbekontext. Das Welterbezentrum unterstützte von der Pandemie betroffene Staaten mit Notfallfinanzierungen und führte Projekte zum Kapazitätsaufbau durch.

Barbara Engels und Julia Schäfer (BfN, Fachgebiet I 2.3)

## Meinungen und Stellungnahmen

### Perspektiven für die Waldnaturschutzpolitik nach der Bundestagswahl 2021

Die 20. Legislaturperiode des deutschen Bundestages birgt besondere Herausforderungen: die Bewältigung der Pandemiefolgen, eine verstärkte Pluralisierung der Gesellschaft, die in einem zunehmenden Vertrauensverlust in etablierte Parteien und sich zunehmend radikalisierenden Protestbewegungen ihren Ausdruck findet, und ein gestiegenes Bewusstsein für den Klimawandel, das die Hochkonjunktur der Klimapolitik beflügelt. Die sozial-ökologische Transformation hat so starken Aufwind bekommen, dass große Änderungen nach den Bundestagswahlen 2021 in greifbare Nähe zu rücken scheinen. Für den Wald, der durch die Dürre der letzten Jahre klimabesorgte Blicke auf sich gezogen hat und als CO<sub>2</sub>-Speicher Hoffnungen für den Klimaschutz weckt, könnte die Transformation zu einem Paradigmenwechsel führen, der ernst macht mit einer großflächigen Ausrichtung auf Erfordernisse des Natur- und Klimaschutzes. Werden sich die Kräfte, die dies fordern, nach der Wahl durchsetzen oder werden die großen Träume an der Realität von Finanzierungsengpässen, durchsetzungsstarken ökonomischen Interessen und der Resistenz des Gewohnten zerschellen?

Unsere Analyse von 20 Jahren Waldnaturschutzpolitik zeigt, dass die Parteien ein wichtiger Faktor für diesen Bereich der Politik sind (Göhrs et al. 2021; Hubo, Göhrs 2021). Grüne Forst- und Naturschutzministerinnen und -minister haben sich durchweg für 5 % natürliche Waldentwicklung, eine starke Sicherung von Natura-2000-Gebieten, FSC-Zertifizierung der Staatsforste und Beschränkungen beim Anbau gebietsfremder Baumarten eingesetzt, während CDU/CSU und noch stärker (aber selten) die FDP in ihrer

Politik Interessen der Forstwirtschaft berücksichtigt haben. Auch die aktuellen Wahlprogramme weisen auf deutliche Unterschiede zwischen den Parteien hin – sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf präferierte Steuerungsmodi, die sich zwischen den Polen Staat und Markt bewegen (Göhrs, Hubo 2019) und in unterschiedlichen Gestaltungen politischer Steuerungsinstrumente Ausdruck finden.

### Parteien als starke oder schwache Bündnispartner für Waldnaturschutz

Mit B90/Grüne in der Regierung würde der Waldnaturschutz einen starken politischen Bündnispartner für einen ökologisch orientierten Waldbau in der nächsten Legislaturperiode erhalten. Von CDU/CSU wäre eher eine Stärkung der Holznutzung und von der FDP ein stärkerer Rückschritt für den Waldnaturschutz zu erwarten. SPD und AfD äußern sich zu dem Thema kaum.

### Aktive staatliche Lösungen auf dem Vormarsch

Auffällig ist, wie sehr Waldnaturschutz als öffentliche Aufgabe verstanden wird, die mit staatlichen Mitteln umzusetzen sei. Von der Linken wird ein radikaler Systemwechsel zu staatlicher Verantwortung angestrebt, während die Grünen nur die Verfügungsrechte einschränken wollen – dies jedoch in erheblichem Maße.

## Aussagen der politischen Parteien zum Waldnaturschutz in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021.

Partei	Inhalt		Steuerungsmodus		Instrumente			
	Natur-schutz	Holz-nutzung	Staat	Markt	Regulativ	Ökonomisch	Informationell	Kooperativ
CDU/CSU	+	+++	++	0	+	++	0	0
SPD	+	0	0	0	0	0	0	0
B90/ Grüne	+++	+	+++	0	+++	+	+	+
FDP	+	+++	+	+++	0	++	+	0
Linke	+	0	+++	0	+++	+	0	+
AfD	0	+	-	+	0	+	0	0

+++/++/+/0: starke/mittlere/geringe/keine Aussage

Mit der FDP ist dagegen eine Wiederermächtigung der Eigentümer zu erwarten. Fondslösungen und Förderprogramme, die Anreize zur Umsetzung staatlicher Vorgaben geben und damit ebenfalls eine Staatszentrierung aufweisen, werden von fast allen Parteien versprochen. Der Naturschutz kann daher mit der Weiterentwicklung streng geschützter Sukzessions- und Wildnisflächen und staatlich finanzierter Honorierungssysteme für Biodiversitätsleistungen rechnen. Neuere marktwirtschaftliche Instrumente im Naturschutz finden dagegen nur bei der FDP Unterstützung.

### Ökonomische Anreizinstrumente mit Finanzierungsvorbehalt

B90/Grüne und CDU/CSU und teilweise auch die FDP wollen die Konflikte zwischen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe des Waldnaturschutzes und der privaten Nutzung von Holzträgern durch finanzielle Anreize für Waldeigentümer aus dem staatlichen Haushalt lösen. Das klingt versöhnlich für alle. Die Flächenwirksamkeit solcher Maßnahmen setzt jedoch eine entsprechende Finanzausstattung voraus, die es bisher nicht gibt. Unter dem Zwang von Haushaltseinsparungen wären Anreizprogramme mit geringen Budgets wirkungslos und hätten bestenfalls symbolische Wirkung.

### Regulativer Schutz der Natur bleibt ein sicherer Weg

Angesichts der großen Haushaltsrisiken bleibt der Schutz der Natur durch Ge- und Verbote der sichere Weg. Die Grünen streben mehr Gebietsnaturschutz und gesetzliche Vorgaben bei der forstlichen Bewirtschaftung, die Linke eine umfassende Bodenreform an. Die CDU/CSU ist pro Holznutzung ausgerichtet und steht gegen weitere Einschränkungen für die Forstwirtschaft, die FDP würde Regelungen für Waldeigentümer zurücknehmen, um deren unternehmerischen Handlungsspielraum zu erweitern.

### Wenig Aufklärung des mündigen Bürgers

Auf bessere Information des Bürgers über Waldnaturschutz und Schutz durch freiwilliges Handeln der mündigen Bürger setzt keine der Parteien. Immerhin erwähnen B90/Grüne mehr Beratung für ökologische Waldbewirtschaftung und die FDP verspricht, die Forschung zum Einsatz von Holz auszuweiten. Insgesamt ist das wenig ermutigend für die unzähligen erfolgreichen Praxisinitiativen von Naturschutzakteuren, die vor Ort seit langem und auch aktuell viel bewegen. Es zeigt sich bei den politischen Parteien auch kein reifes Verständnis von einem mündigen Bürger. Die Parteien kündigen an, alles selbst zu regeln. Gerade im Waldnaturschutz, in dem es

auf konkretes Handeln von Waldbesucherinnen und -besuchern und Eigentümern vor Ort ankommt, vergibt die vernachlässigte Information über Ökologie und Naturschutz wichtige Handlungsoptionen für die Zukunft.

### Fehlzanzeige für partnerschaftliche Unterstützung durch die Zivilgesellschaft

Moderne Governance-Ansätze gehören nicht zum Instrumentarium der politischen Parteien im Waldnaturschutz. Grüne zivilgesellschaftliche Ideale scheinen längst verklungen. Lediglich das Jagdrecht wollen die Grünen „im Einklang“ mit Naturschutz- und Waldbesitzerverbänden gestalten und die Linke kündigt an, weitere Naturschutzflächen an Naturschutzverbände zu übertragen.

### Ungelöste Vernetzung von Natur- und Klimaschutz

Die Parteien betonen die Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz. Doch wie solche Maßnahmen mit Zielen des Waldnaturschutzes abgestimmt werden sollen, darüber schweigen die Programme. Eine Maximierung der CO<sub>2</sub>-Senkenleistung der Wälder kann mit Schutzziele einhergehen, sie gefährdet aber auch in vielen Waldgebieten Biodiversitätsziele wie die Erhaltung von Waldwiesen, Waldrändern oder anderen Freiflächen.

Im Ergebnis ist damit eine langsame Transformation zu mehr staatsreguliertem Naturschutz im Wald, ergänzt um ein neues Honorierungsmodell, das wegen geringer fiskalischer Mittel in der Fläche eher geringe Wirkung entfaltet, wahrscheinlich. Die Perspektive für mehr eigenverantwortlichen Naturschutz im Wald, für mehr Demokratie im Konkreten rückt hingegen in weitere Ferne.

### Literatur

Göhrs M., Hubo C. (2019): Politische Parteien als Bündnispartner für den Waldnaturschutz. Allgemeine Forst- und Jagdzeitung 190(11/12): 241 – 250.

Göhrs M., Hubo C., Krott M. (2021): Partisan theory in forest nature conservation policy: Empirical evidence based on four German conflict issues. Forest Policy and Economics 127: 102453. DOI: 10.1016/j.forpol.2021.102453

Hubo C., Göhrs M. (2021): Parteiendifferenz in der Waldnaturschutzpolitik der deutschen Bundesländer. In: Hubo C., Fink S., Töller A.E. (Hrsg.): Parteiendifferenz in der Umweltpolitik. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Sonderheft: im Druck.

Dr. Christiane Hubo und Prof. Dr. Max Krott  
(Professur für Forst- und Naturschutzpolitik,  
Universität Göttingen)